

Stand: 05.04.2026 17:31:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7652

"Ohne Kontrolle schwindet die Verantwortung - Klimabericht verteidigen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7652 vom 22.07.2025
2. Beschluss des Plenums 19/7758 vom 24.07.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 58 vom 24.07.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne Kontrolle schwindet die Verantwortung – Klimabericht verteidigen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt die Pläne der Staatsregierung zur Abschaffung des Klimaberichts nach Art. 9 und der Klimaziele nach Art. 2 Bayerisches Klimaschutzgesetz (BayKlimaG) entschieden ab.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihrer Verantwortung zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen vollumfänglich nachzukommen und

- den Klimaschutzbericht 2024 unverzüglich vorzulegen,
- die im Klimabericht 2023 angekündigte wissenschaftliche und unabhängige Evaluierung des Bayerischen Klimaschutzprogramms offenzulegen,
- zur Erreichung der Klimaziele umgehend zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen nach Art. 2 Abs. 1 Satz 2 BayKlimaG umzusetzen.

Begründung:

Kinder ächzen in überhitzten Klassenräumen, Planschbecken zur Abkühlung müssen mancherorts wegen Wassermangel verboten werden, alte und kranke Menschen sterben an hitzebedingten Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Die Klimakrise ist zum traurigen Alltag in Bayern geworden. Gleichzeitig entzieht sich die Staatsregierung mehr und mehr Ihrer Verantwortung, die Bürgerinnen und Bürger Bayerns vor Hitze, Hochwasser und Dürre zu schützen. Statt die selbst gesteckten Klimaziele zu schleifen, muss die Staatsregierung ein klares Bekenntnis zu einem klimaneutralen Bayern bis 2040 abgeben.

Die geplante Abschaffung des Klimaberichts entzieht dem Parlament die Möglichkeit zur Kontrolle der Klimapolitik der Staatsregierung. Sie beendet die Rechenschaftspflicht über das Fortschreiten – oder Versagen – bei der Umsetzung zentraler Klimaziele. Der Rückzug auf statistische Daten und eine Berichterstattung nach eigenem Ermessen ersetzt keine politische Verantwortung. Bayern braucht keine Entpolitisierung der Klimabilanz, sondern eine ehrliche, überprüfbare und wissenschaftlich fundierte Klimapolitik.

Die technischen, gesellschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten, unser Land auf den 1,5-Grad-Kurs zu bringen, sind längst vorhanden. Jetzt ist es an der Staatsregierung, Verantwortung zu übernehmen. Der im Klimaschutzgesetz verankerte Koordinierungstab darf in diesem Sinne nicht weiter untätig bleiben und muss dem Ministerrat unverzüglich die gesetzlich vorgeschriebenen zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen vorlegen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/7652

Ohne Kontrolle schwindet die Verantwortung – Klimabericht verteidigen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Gerd Mannes

Abg. Leo Dietz

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Benno Zierer

Abg. Florian von Brunn

Abg. Josef Lausch

Staatsminister Thorsten Glauber

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne Kontrolle schwindet die Verantwortung - Klimabericht verteidigen!

(Drs. 19/7652)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Martin Stümpfig das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Donald Trump ist eine der größten Gefahren für die aufgeklärte Gesellschaft und für den gesamten Planeten, eine tickende Zeitbombe mit einer fatalen Agenda. Aus diesem Grunde sollte man mit Vergleichen sehr sparsam umgehen, gerade in einer Zeit der permanenten Skandalisierung.

(Michael Hofmann (CSU): Und doch tun Sie es gerade nicht!)

Trotzdem stehe ich heute hier und sage: Die Methode Trump hat in die Bayerische Staatskanzlei Einzug gehalten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Oh! – Martin Wagle (CSU): Jetzt wird es komödiantisch!)

Ich möchte das in aller Ruhe begründen. Donald Trump hat in seiner ersten Amtszeit den Beirat für die nationale Klimabewertung aufgelöst. Die Begründung war: Entbürokratisierung. Die Klimadaten stünden schließlich andernorts frei zur Verfügung. Die Fachwelt war entsetzt. Mit dem Wust an Klimadaten kann niemand etwas anfangen. Hier sind die Wissenschaft und eine Aufbereitung notwendig. Die Auswirkungen müssen den politischen Entscheidungsträgern genau erklärt werden.

Die Absicht von Donald Trump war aber ganz klar die Verschleierung der Erkenntnisse der Klimaforschung, um die Gefahren der Erdüberhitzung wegzuwischen. Haargenau

den gleichen Schritt wollen Markus Söder und die Bayerische Staatsregierung nun in Bayern gehen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was für ein Popanz!)

Sie wollen den Klimabericht mit der Begründung "Entbürokratisierung" abschaffen; denn die Daten stünden doch überall frei zur Verfügung. Ich sage ganz klar: Da gehen wir nicht mit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines kommt noch hinzu: Die Wissenschaft wird ausgebremst. Erst in dieser Woche habe ich ein brisantes Detail erfahren. Die Universität Augsburg hat über drei Jahre hinweg ein Indikatorensystem für das Klimaschutzprogramm von Umweltminister Glauber entwickelt. Dieser Auftrag wurde jetzt gestoppt. Auf der Internetseite der Universität Augsburg ist zu lesen:

"Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz [...] hat dieses Projekt [zur Evaluierung der Maßnahmen des Bayerischen Klimaschutzprogramms] am 16. Mai 2025 vorzeitig und einseitig abgebrochen. [...] Mit der Abschaffung des Klimaberichts fehlt ein zentrales Instrument zur systematischen Bewertung und transparenten Kommunikation von Klimaschutzmaßnahmen in Bayern. Die Einschätzung des StMUV, wonach entsprechende Informationen künftig durch das Bayerische Landesamt für Statistik bereitgestellt werden können, teilen wir nicht. Statistische Grunddaten ersetzen aus wissenschaftlicher Sicht kein Maßnahmen-basiertes Monitoringsystem."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die klare Aussage der Universität Augsburg. Die Universität Augsburg merkt noch an:

"Wir bedauern diese für uns nicht nachvollziehbare Entscheidung und betonen, dass unser Projektteam allen Verpflichtungen [...] immer [...] nachgekommen ist."

Vor zehn Minuten habe ich die Antwort auf eine Anfrage zum Plenum bekommen. Darin schreibt die Bayerische Staatsregierung:

"Das Forschungsvorhaben konnte die anvisierten Ziele und Meilensteine nicht erreichen. Das Projekt musste daher aus fachlichen und haushaltsrechtlichen Gründen beendet werden."

Das ist ein neuer Skandal.

(Martin Wagle (CSU): Lächerlich! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Konstruiert!)

Die Staatsregierung entzieht der Wissenschaft die Mittel. Die Staatsregierung stoppt ein Projekt, das praktisch schon beendet war. Was wir hier von der Bayerischen Staatsregierung sehen, ist wirklich die Methode Trump in Reinform.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sehr geehrte Damen und Herren, in einer Zeit, in der wir massive Hitzewellen, Waldbrände und Überschwemmungen haben, in der wir die unglaublichen Auswirkungen der Klimakrise sehen, fällt einem Markus Söder, einer Staatskanzlei und einem Umweltminister Glauber nichts anderes ein, als einen Klimabericht zu streichen. Das ist das einzige rechtliche Instrument, auf dessen Grundlage die Staatsregierung uns, dem Landtag, über den Fortschritt des Klimaschutzprogramms, über die Anpassungsmaßnahmen und über den CO₂-Ausgleich berichten muss.

(Michael Hofmann (CSU): Das stimmt doch nicht! Sie können doch jeden Bericht anfragen, den Sie wollen!)

Diese rechtliche Verpflichtung soll gestrichen werden. Ich bin wirklich sprachlos darüber, was Sie hier machen wollen.

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben wohl noch nie einen Berichts Antrag gestellt!)

Dass wir beim Thema Klimaschutz so tief sinken werden, hätte ich mir nicht träumen lassen.

(Michael Hofmann (CSU): Sie verbreiten hier absolute Fehlinformationen! Das ist ein Witz!)

Ich bin persönlich tief erschüttert von dem, was Sie hier tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich war letzte Woche mit meinen Kollegen Hierneis und Friedl hinter dem Englischen Garten bei der Munich Re. Vielleicht sollten Sie da auch mal rübergehen. Dort sind 100 Klimawissenschaftler tätig. Wir haben mit dem Chef-Klimatologen, Herrn Dr. Grimm, gesprochen. Er hat uns klar gesagt: Die Meere können derzeit kaum noch CO₂ aufnehmen, weil ihre Aufnahmekapazität weitestgehend erschöpft sei.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Und das ändert der Bericht?)

– Hören Sie bitte zu. – Das CO₂, das wir ab jetzt emittieren, geht zu einem viel größeren Anteil in die Atmosphäre. Unsere Klimakrise wird sich massiv zuspitzen. Und Sie tun hier nichts anderes, als den Klimaschutz mit Füßen zu treten. Ich finde das unglaublich. Ich fordere Sie auf, das zurückzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Der Bericht ändert alles, oder? Das ist doch lächerlich! Berichtsmessie!)

– Berichtsmessie, genau, super, ganz klasse.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Gerd Mannes hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Gerd Mannes (AfD): Herr Stümpfig, Sie haben von einer tickenden Zeitbombe gesprochen. Ich sage Ihnen: Die tickende Zeitbombe sind die GRÜNEN. Sie zerstören die Wirtschaft.

Noch etwas anderes: Die meisten Ihrer Kollegen haben nichts Gescheites gelernt. Sie dagegen können zumindest gut rechnen, weil Sie einen Ingenieurabschluss haben. Deshalb frage ich Sie jetzt etwas: Welchen Einfluss in Prozent hat die Menge CO₂, die wir hier in Bayern emittieren, auf das Weltklima? Welchen in Grad Celsius gemessenen Einfluss hat es auf das Weltklima, wenn wir in Bayern alles so machen, wie Sie es wollen? Können Sie mir das vorrechnen?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Mannes, ich habe es Ihnen schon einmal erklärt. Es gibt genau vier Länder, deren Emissionswerte über unseren liegen: Russland, USA, Indien und China. Deren Emissionswerte liegen bei mehr als 2 %. Die Emissionswerte aller anderen 180 Länder liegen bei unter 2 %. Mit Ihrer Begründung, dass alles irrelevant ist, was Deutschland macht, könnten die anderen 180 Länder genauso wenig machen. Was käme am Schluss dabei heraus? –

(Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD) – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Aber lassen Sie mich die verbleibenden 30 Sekunden noch darauf verwenden, auf den Zwischenruf des CSU-Kollegen hier vorne einzugehen, wir wären "Berichtsmessis".

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ja!)

Was gestern der Chef der Staatskanzlei, Florian Herrmann, im Plenum gemacht hat, erinnert mich auch an die Methode Trump:

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Jetzt gehen die Argumente aus!)

Dass sich ein Staatsminister hinstellt und die Opposition als "Junkie" und "Messi" bezeichnet, ist nichts anderes.

(Michael Hofmann (CSU): Sollen wir mal aufzählen, wie viele Berichte Sie anfordern? – Martin Wagle (CSU): Nachzählen! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nachzählen!)

Sehr geehrte Damen und Herren, das macht mir wirklich Angst und Bange.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist Herr Kollege Leo Dietz für die CSU-Fraktion.

Leo Dietz (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute steht hier im Plenum wieder ein Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zur Debatte. Ich sage es Ihnen gleich vorneweg: Es ist wieder mal ein klassischer Fall von viel Rauch, wenig Substanz, einer gehörigen Portion grüner Empörungsfolklore und grün angestrichenem Populismus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gegenstand des vorliegenden Antrags ist die Verhinderung der vermeintlichen Abschaffung des Klimaberichts. Ich betone "vermeintlich"; denn abgeschafft werden soll hier gar nichts, aber dazu komme ich gleich.

(Zuruf von den GRÜNEN: Gar nichts?)

Schon Teile Ihres ersten Absatzes der Antragsbegründung lesen sich wie ein Akt aus einer besonders fantasievollen Umweltsoap: "Kinder ächzen in überhitzten Klassenräumen". Die GRÜNEN malen uns hier ein Bild von weinenden Kindern, die bei 30 Grad Celsius in einem staubtrockenen Planschbecken sitzen, weil die CSU und die FREIEN WÄHLER den Klimabericht überarbeiten. Geht's denn eigentlich noch?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU – Martin Stümpfig (GRÜNE): Sie haben es nicht verstanden! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

- Wir haben es wohl verstanden. – Genau das ist das Bild, was da reinpasst. Fakten?
- Fehlanzeige. Dafür gibt es ein großes Getöse, grüne Empörung in Dauerschleife

(Zuruf von den GRÜNEN: Die Dauerschleife kommt doch von Markus Söder!)

und eine Rhetorik, die mittlerweile fast so schrill wie bei den Blauen ist.

(Michael Hofmann (CSU): Ja! Sehr gut!)

Das will wirklich etwas heißen. Doch damit nicht genug. Herr Stümpfig, Sie haben es selbst gesagt. Sie gehen in den Medien sogar so weit, der Bayerischen Staatsregierung zu unterstellen, sie würde in Zukunft nur noch geschönte Versionen vorlegen. Das bedeutet im Klartext: Sie unterstellen dem Umweltministerium vorsätzliche Manipulation oder möglicherweise sogar Betrug.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Martin Wagle (CSU): Ja, geht's denn noch?)

Ich sage Ihnen klipp und klar: Das ist ein ungeheuerlicher Vorwurf. Ich frage mich ernsthaft: Ist Ihnen möglicherweise der moralische Kompass verloren gegangen?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben Donald Trump in Ihrer Einleitung schön zitiert, aber die Bayerische Staatsregierung auf eine Stufe mit Donald Trump zu stellen,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ja!)

einem Mann, der Fake News zur Staatsräson gemacht hat – Herrschaften, das geht absolut nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Noch weiter von der Realität entfernt kann man nicht mehr argumentieren. Das ist keine politische Auseinandersetzung mehr, das ist ein schlechter Witz auf Kosten der Demokratie.

(Beifall der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Die Form Ihrer Rhetorik erinnert uns in besorgniserregender Weise an andere, im Hinblick auf deren Methoden wir uns doch eigentlich einmal einig waren und gegen die wir uns doch abgrenzen wollten.

(Michael Hofmann (CSU): Sehr gut! Richtig!)

Aber auch Sie verhalten sich weiterhin so.

Meine Damen und Herren, worum geht es denn eigentlich wirklich? – Es geht schlichtweg darum, beim Thema Bürokratieabbau Taten sprechen zu lassen. Ja, es kommt dann gleich wieder von allen Seiten: Aber die CSU hat die Bürokratie doch in den letzten Jahrzehnten selbst geschaffen. – Ja, das ist vollkommen richtig. Ohne Bürokratie geht es nicht. Aber wenn es zu viel ist, dann muss korrigiert werden.

(Markus Saller (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Genau das tun wir jetzt in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Unterm Strich ist nur der klug, der Kluges tut, nicht der, der Kluges spricht. Mit dem Vierten Modernisierungsgesetz streichen wir Berichtspflichten, wo sie nicht mehr notwendig sind. Ja, auch der Klimabericht ist davon betroffen – nicht inhaltlich, sondern formal.

(Johannes Becher (GRÜNE): Es wird doch der Bericht auch inhaltlich abgeschafft, wenn er formal abgeschafft wird! – Michael Hofmann (CSU): Wieder jemand, der es nicht verstanden hat!)

– Nein, wenn dieser formal abgeschafft wird, wird ein starkes digitales Informationsangebot mit Mehrwert, Transparenz, höherer Datenaktualität, attraktiver Präsentation, besserer Übersichtlichkeit und Nutzungsorientierung digital, freiwillig und schlank erstellt werden.

(Martin Wagle (CSU): Hört, hört! – Jürgen Mistol (GRÜNE): Wo ist denn dann der Bürokratieabbau? – Zuruf von den GRÜNEN)

Alle relevanten Daten bleiben öffentlich zugänglich. Jeder Bürger, jede Kommune, jede NGO kann sich selbst informieren,

(Martin Wagle (CSU): Aha!)

beispielsweise auch zusätzlich über das Landesamt für Statistik, das ohnehin detaillierte Klima- und Umweltdaten bereitstellt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Martin Wagle (CSU): Da schau her!)

Wer jetzt meint, daraus müssten Romane mit Vorwort und Layout gemacht werden, dem sei gesagt: Solche Broschüren sind schlicht unverhältnismäßig;

(Toni Schuberl (GRÜNE): Dann lass doch das Vorwort und das Layout weg! – Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

denn diese sind ein paar Wochen nach Veröffentlichung bereits überholt, weil sie schon Geschichte sind. Eine digitale Form spart Ressourcen, personell wie finanziell, und ist fast aktuell. Das ist keine Nebensächlichkeit, sondern ein Zeichen. Bürokratieabbau beginnt dort, wo wir unnötige Formvorschriften durch moderne Lösungen ersetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber gestern haben wir schon gehört, den GRÜNEN geht und ging es noch nie um Bürokratieabbau. So wurde zum Beispiel während der Ampel-Regierung in Berlin unter Aufsicht von Robert Habeck das Wirtschaftsministerium personell um satte knapp 12 % aufgeblasen.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Das passt zum Bild der Verbotspartei. Sie wollen mehr Beamte, mehr Kontrolle und sehen den Staat als Erziehungsinstanz. Warum? – Weil man den Menschen und den Institutionen grundsätzlich nicht traut.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die CSU sagt hingegen: Vertrauen wir den Menschen, vertrauen wir Kommunen, Behörden und Unternehmen! Bürokratieabbau kann nur gelingen, wenn wir auch den Mut haben, Dinge zu vereinfachen und Institutionen etwas zuzutrauen. Genau diesen Weg gehen wir in Bayern, und das mit großem Erfolg. Auch beim Klimabericht gilt: weniger Form, gleiche Substanz, mehr Effizienz.

Meine Damen und Herren, dieses Plenum ist kein Theater, in dem grüne Dramaturgen – ganz ehrlich, da fehlt Ihnen eine Person, die könnte das wirklich – im Wochentakt neue Empörungstücke aufführen.

(Florian von Brunn (SPD): Welche Person denn?)

Es ist ein Ort, an dem wir Verantwortung übernehmen für Bayern, für seine Menschen und für seine Zukunft. Deshalb appelliere ich an Sie: Lassen Sie uns gemeinsam ein Zeichen gegen Alarmismus, gegen Polemik, gegen politische Selbstinszenierung auf dem Rücken der Vernunft setzen! Lehnen wir den Antrag der GRÜNEN ab – für ein Bayern mit weniger Bürokratie, mehr Vertrauen und echter Zukunftspolitik! – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Bravo!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Zunächst erteile ich Herrn Kollegen Gerd Mannes das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Kollege Dietz, Sie haben gesagt, die GRÜNEN haben keine Substanz mit ihren Anträgen. Da gebe ich Ihnen absolut recht. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum Sie diese als Fraktionsvorsitzender in Augsburg als Koalitionspartner ausgesucht haben.

Aber Ihre Rede hatte leider auch wenig Substanz. Ein bisschen Trump-Bashing habe ich herausgehört. Ich stelle Ihnen jetzt eine Frage mit Substanz:

(Zurufe von der CSU: Oho!)

Will die CSU weiter an der grünen Transformation festhalten? Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages haben geschätzt, diese Transformation kostet ungefähr 13 Billionen Euro. Wissen Sie, was das ausmacht? – Für jeden Bundesbürger mehr als 100.000 Euro. Es ist auf jeden Fall ein sechsstelliger Betrag. Wollen Sie an dieser wirtschaftszerstörerischen Politik festhalten?

Leo Dietz (CSU): Also, Kollege Mannes, das ist ganz einfach zu beantworten: Wir sprechen hier über diesen Klimabericht, und ganz ehrlich: Wir sagen nicht, dass die Daten nicht erhoben werden sollen, sondern nur in einer anderen Form.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Grundsätzlich stehen wir natürlich zu der Klimatransformation, weil sie notwendig ist und weil sie die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde r sichert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Kollege Dietz, Sie haben jetzt ausgeführt, mit dem digitalen Bericht werde alles besser und sogar noch ausführlicher. Dann frage ich mich schon: Warum streichen Sie die Verpflichtung in Artikel 9 des Bayerischen Klimagesetzes? Darin steht kein Wort davon, dass Sie irgendetwas in Printform machen müssen. Sie könnten genauso diesen digitalen Bericht, den Sie jetzt neu machen, nehmen und dann dem Landtag vorlegen. Warum streichen Sie diesen Artikel 9 und dann noch mit der Begründung der Entbürokratisierung, obwohl Sie ja weiter digitale Informationen zur Verfügung stellen wollen?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Er hat nicht zugehört! – Michael Hofmann (CSU):
Ich glaube, wir machen einmal ein Seminar!)

– Herr Hofmann, wenn Sie mich ausreden ließen. – Wo ist da die Entbürokratisierung?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leo Dietz (CSU): Die Entbürokratisierung besteht in der Erstellung des Berichts, der Ressourcen und sonstige Dinge bindet. Die Informationen sind trotzdem auf den Ihnen vorhin genannten Plattformen erhältlich, und weiter gibt es nichts. Ganz ehrlich: Das alles nur, damit man ein Sammelsurium hat, das eh schon zusammengefasst ist und spätestens nach der Veröffentlichung Vergangenheit und Geschichte ist. Die Daten werden dann aktueller sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Genau! – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! – Herr Stümpfig, die GRÜNEN zeigen, dass ihnen nichts mehr einfällt. Sie haben jetzt solch einen lächerlichen Antrag zum Klimaschutzbericht vorgelegt und Donald Trump-Bashing betrieben. Das brauchen wir hier im Landtag ehrlich gesagt nicht. Und ich

sage Ihnen etwas: Einen solchen Klimabericht bekommen Sie jetzt von mir, und zwar gratis.

(Florian von Brunn (SPD): Um Gottes willen!)

– Doch, hören Sie einmal zu! – Die Sommerferien im Juli sind kühl und regnerisch, auf gut Deutsch: Heute ist ein Sauwetter. Ein solch nasses Wetter gab es seit zwei Legislaturen, in denen ich hier bin, nicht.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist peinlich!)

Jetzt noch etwas anderes: Sie haben in verschiedenen Reden immer großartig gesagt, es gebe einen ganz schlimmen, den trockensten Hitzesommer aller Zeiten und unzählige Klimatote. Wo sind sie? – Nein, ich sage Ihnen: Alles, was Sie behauptet haben, ist ins Wasser gefallen; so schaut es aus.

– Herr Glauber, die Staatsregierung hat also angekündigt, da auf irgendetwas zu verzichten; das finden wir gut. Ich frage mich, Herr Glauber: Warum haben Sie diesen Klimabericht überhaupt eingeführt? Wir fanden das immer schon, ich sage einmal, nicht wertschöpfend und haben immer schon die Abschaffung des Klimaberichts gefordert. Wir brauchen nicht so viel bedrucktes Papier und so viele Berichtsanhänge.

Wir, die AfD-Fraktion, können also erfreut zur Kenntnis nehmen, dass Sie zumindest teilweise unsere Forderungen umgesetzt haben. Wir hoffen natürlich, dass Sie da in Zukunft nicht wieder umfallen, Herr Glauber. Vermutlich haben die FREIEN WÄHLER und die CSU auch erkannt, dass sich die politische Weltlage etwas geändert hat, obwohl Herr Dietz wieder Trump-Bashing betrieben hat. Die Weltlage und Weltpolitik haben sich hier einfach geändert. Grüne Propaganda und grüne Politik kommen nicht mehr so gut an wie früher.

Ich habe es gerade gesagt: Wir brauchen nicht mehr Klimapolitik, wir brauchen wirtschaftsfreundliche Politik. Übrigens hat der CDU-Wirtschaftsrat kürzlich gesagt, dass wegen der Klimapolitik jeden Monat 10.000 Industriearbeitsplätze verloren gehen. Das

sollten Sie sich einmal zu Gemüte führen. – Die grüne Planwirtschaft wird endlich als das anerkannt, was sie ist, Herr Stümpfig. Sie ist eine Gefahr für unseren Wohlstand. Wir von der AfD haben immer schon davor gewarnt.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir weisen noch einmal darauf hin: Wir müssen nicht so viel bedrucktes Papier erzeugen. Dazu gab es gestern auch eine ausführliche Debatte, aber nur einen Tag später kommen Sie wieder daher und wollen einen ausführlichen Bericht. So können Sie Bayern nicht retten. Glauben Sie mir, Herr Stümpfig. Ich habe es Ihnen gerade gesagt; die CO₂-Emissionen hier in Bayern haben überhaupt keinen Einfluss aufs Weltklima, null. Das können wir uns schenken. Ich sage Ihnen jetzt einmal, was wir hier brauchen: Wir brauchen eine Diskussion, wie wir die Billionenausgaben für die grüne Politik wieder einsparen können.

Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages haben nämlich die Kosten für die grüne Transformation geschätzt; das kostet ungefähr 13 Billionen Euro. Das ist für jeden Bundesbürger ein sechsstelliger Betrag. Herr Stümpfig, die Energiewende kostet jedes Jahr 100 Milliarden Euro. Das geht natürlich auf Kosten unseres Wirtschaftswachstums. Wir sind Schlusslicht bei der OECD; das sollten Sie auch einmal anerkennen. Dieser ganze Klimaschutz ist übrigens auch eine Abzocke, kann man regelrecht sagen. CO₂-Steuer, Kfz-Steuer, EEG-Umlage – das ist einfach eine Liste von Skrupellosigkeiten, wie der Staat den Bürgern das Geld aus der Tasche zieht.

Noch ein paar Worte zur gesellschaftlichen Wirkung Ihres Klimawahns, Herr Stümpfig: Ihre Panikmache sorgt doch dafür, dass viele Menschen Angst bekommen. Insbesondere Kinder haben Angst vor der Zukunft. Wissen Sie, das ist schon fast grüner Psychoterror. Diese Indoktrination unserer Kinder und aller Bürger müssen wir einfach abstellen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie werden doch vom Verfassungsschutz beobachtet!)

Wissen Sie, was wir brauchen, Herr Stümpfig? – Wir brauchen wieder mehr Optimismus, keine Panikmache; das brauchen wir.

Zur Sommerpause möchte ich den Kollegen der CSU auch noch eines mitgeben:

(Michael Hofmann (CSU): Darauf haben wir schon gewartet!)

– Hören Sie zu, Herr Hoffmann, das ist wichtig. – Freiheitseinschränkungen, Enteignungen und massive Verbote im Namen des Klimawandels führen zu einer Klimadiktatur, und das ist für eine Demokratie völlig inakzeptabel. Bei der Wahl dieser Verfassungsrichter sollten Sie sich auch noch einmal zu Gemüte führen: Da gibt es eine zweite zu wählende Person, die Sie auch einmal genau unter die Lupe nehmen sollten.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sagen Sie es dem Herrn Hahn!)

Aus meiner Sicht ist die vorgeschlagene Person untragbar, weil sie genau diese Freiheitseinschränkungen und genau diese Enteignungen gefordert hat.

Den Antrag der GRÜNEN lehnen wir also ab. – Herr Glauber, die Staatsregierung sollte halt auf mehr wirtschaftliche Prosperität schauen. Das haben wir schon mehrfach gesagt. Das Klimaschutzgesetz, den Klimarat und die Klimaberichte sollten Sie zurückschrauben und vielleicht sogar beerdigen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Benno Zierer für die FREIE WÄHLER-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es war mir klar, dass es eine große Aufregung geben wird, wenn Bayern den Klimabericht abschafft. Es war doch zu erwarten, dass Sie, Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wieder das große Heulen und Wehklagen anstimmen

und uns vorwerfen, der Klimaschutz wäre uns nicht wichtig. Aber Klimaschutz betreibt man nicht, indem man Papier vollschreibt. Bei jeder Gelegenheit schreien Sie auch nach Bürokratieabbau; aber wenn es Ihnen nicht in den Kram passt, dann wollen Sie davon nichts wissen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Es geht auch digital!)

Natürlich hat man bei der Bürokratie zuerst die Unternehmen im Blick, die Landwirtschaft oder das Ehrenamt. Aber warum sollten wir nicht auch Ministerien und Behörden von Dokumentations- und Berichtspflichten entlasten, die unnötig sind, vor allem, wenn es um Informationen geht, die allgemein zugänglich sind?

Schauen wir einmal den aktuell vorliegenden Klimabericht für 2023 an – der für 2024 wird aktuell erarbeitet und entsprechend den jetzt noch gültigen Vorgaben vorgelegt; diesen Verweis hätten Sie sich in Ihrem Antrag sparen können. Der Bericht 2023 hat 29 Seiten. Auf den ersten 11 Seiten findet sich die Bilanz der Treibhausgasemissionen in Bayern seit 1990 – insgesamt, pro Kopf oder nach Sektoren. Das ist das Kernstück des Berichts. Diese Daten sind alle beim Landesamt für Statistik verfügbar. Sie sind, wie ich finde, sehr übersichtlich aufbereitet und für jeden zu kapieren.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Das war auch wirklich wichtig, dass man nicht sagt: Wir schaffen den jährlichen Klimabericht ab, und dann muss man sich die Daten mühsam zusammensuchen. – Das ist aber nicht der Fall.

Das gilt auch für den Stand der Umsetzung des Klimaschutzprogramms. Das ist der zweite Teil des Berichts. Alle Maßnahmen finden sich auf der Internetseite des Ministeriums. Da kann man nach Bereichen oder nach Ressorts filtern und nach Schlagworten suchen. Da sehen Sie dann gleich, ob die einzelne Maßnahme in Planung, Umsetzung oder abgeschlossen ist. Das sehen wir im Klimabericht nicht so detailliert.

Also, warum die große Aufregung? – Es ist ganz klar: Es geht Ihnen doch nur darum, dass Sie bei der alljährlichen Veröffentlichung des Berichts einen medialen Aufriss haben und alles schlechtreden wollen. Ich denke nur an Ihre gestrige Kritik am Modernisierungsgesetz: Da würden die Alpen geschleift. – Wow! Das ist Populismus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Johannes Becher (GRÜNE):
Der Alpenverein ist dann auch populistisch, der Bund Naturschutz ist populistisch, der Landesbund für Vogelschutz ist populistisch, alle Umweltverbände sind dann populistisch!)

– Herr Becher, ja, ja, das Peinliche ist, wohin sich die GRÜNEN entwickeln. – Nur noch zum Stänkern und zum Populismus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Wer hat gesagt, dass die Alpen geschleift werden?)

Alles, was Sie den Blauen da drüben vorwerfen, ihr entwickelt euch genau in diese Richtung! Herr Becher, nur hetzen, schlechtreden, Teile aus dem Zusammenhang ziehen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ich halte das aus, aber Sie zeigen mit dem Finger auf die Zivilgesellschaft!)

Das ist das Problem, das die Leute auch mit Ihnen in Zukunft haben werden. Zum Glück sehen sie das auch. Es ist bedauerlich, wohin sich die GRÜNEN entwickeln: von einer Partei, die früher sachbezogene Politik gemacht hat, hin zu Hetzereien und Teilwahrheiten und nichts anderem mehr.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Es tut mir in der Seele weh, wenn man sieht, wohin ihr euch entwickelt.

(Johannes Becher (GRÜNE): Wir sind immer noch für den Naturschutz, Benno! So ist es halt!)

– Man kann auch sachlich Naturschutz betreiben und sich nicht immer etwas rauspi-
cken, wo man hetzt und schimpft und vor allen Dingen teilweise Unwahrheiten streut.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): So schaut es aus! – Zurufe der Abgeordneten
Jürgen Mistol (GRÜNE) und Paul Knoblach (GRÜNE))

Das ist bedauerlich. Genau deshalb werden wir diesen unsinnigen Antrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Johannes Becher (GRÜNE):
Niemand hat euch gezwungen, Schwellenwerte zu erhöhen!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Zierer, es liegt eine Meldung
zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat der Kollege Martin Stümpfig, BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Lieber Kollege Zierer, lieber Benno, ich frage mich schon,
warum ihr dann das Evaluierungsprogramm bei der Uni Augsburg gestrichen habt. Im
Klimabericht, aus dem du gerade zitiert hast, steht:

"Bereits für den Klimabericht 2024 soll es damit möglich werden, eine erweiter-
te, wissenschaftlich abgesicherte Quantifizierung von Treibhausgasminderungen
[...] durchzuführen, die Evaluierung des Klimaschutzprogramms weiter zu objekti-
vieren und die tatsächlich erzielten Treibhausgasminderungen sukzessive umfas-
sender auszuwerten und nachvollziehbarer darzustellen."

Das steht alles drin. Im Klimabericht ist lang begründet, warum man das braucht. Das
kommt nicht von uns. Das ist das Staatsministerium von Thorsten Glauber.

Ich frage mich schon: Letztes Jahr stand im Klimabericht zum Beispiel, dass das
Wirtschaftsministerium CO₂-Einsparungen hochgerechnet habe. Da wurden dann
100 Windräder in den Bayerischen Staatsforsten bilanziert. Wir haben danach aber
herausgefunden, dass es die noch gar nicht gibt, dass sich die noch gar nicht drehen.

So viel dazu, dass wir auf einem Bericht bestehen. Wir brauchen einen gesetzlich verpflichtenden Bericht. Wenn das alles auf Freiwilligkeit beruht, dann wird der Bericht sicherlich nicht besser. Was wir hier bisher gesehen haben, waren einfach 20 Seiten, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Stümpfig, Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung.

Martin Stümpfig (GRÜNE): – relativ dünn und auch mit Fehlern behaftet. Es ist unsere Aufgabe als Opposition, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Zierer.

Martin Stümpfig (GRÜNE): – das zu kontrollieren. Sie wollen uns das entziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dann schreibt einen eigenen Bericht!)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Stümpfig, Sie haben gerade selber die Antwort gegeben. Es ist Aufgabe der Opposition, mit der Regierungspartei darauf zu schauen, was drin steht. Wenn es Defizite gibt, dann werden wir nachfordern.

Zu den Windrädern kann ich Ihnen nur eines sagen: Warum dauert es so lange? – Weil ihr es mit euren NGOs über Jahre blockiert habt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE): Das stimmt nicht!)

– Genau so ist es! Noch ein Gutachten, wieder ein Gutachten, wenn ein Gutachten nichts ergibt, dann fordert man noch einmal ein Gutachten. Genau so ist es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Johannes Becher (GRÜNE): Wahrscheinlich sind wir auch noch am fehlenden Leitungsausbau schuld! Es ist

der Wahnsinn! Jetzt wird es hinten höher als vorn! – Zuruf von der AfD: Bürokratieindustrie!)

So, haben wir es?

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege, wenn Sie es haben, dann haben wir es. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Florian von Brunn. Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Wir erleben heute wieder einmal eine Staatsregierung, die "Modernisierung" ruft und in Wirklichkeit den Rückwärtsgang einlegt.

Gestern wurde das Dritte Modernisierungsgesetz durchgedrückt und der Alpenschutz geopfert, damit in Zeiten der Klimakrise noch ein paar Skilifte und Schneekanonen mehr laufen können.

(Zurufe von der CSU: Oje!)

Heute geht es dem nächsten Stück Fortschritt an den Kragen. Die Söder-Regierung will mit dem Vierten Modernisierungsgesetz gleich eine ganze Reihe bewährter Berichte einstampfen, unter anderem den Klimabericht, den Waldbericht, den Psychiatriebericht.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Die SPD ist Bürokratie pur, Kollege, Bürokratie pur!)

Das ist kein Bürokratieabbau, das ist Abbau von Transparenz und Demokratie; das ist es, verehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Da wird nicht entrümpelt, da wird versteckt, vertuscht und verweigert!

(Zuruf des Abgeordneten Martin Behringer (FREIE WÄHLER))

Gerade der Klimabericht ist doch zentral. Er zeigt, wo wir beim Klimaschutz stehen oder eben nicht stehen. Wenn der Klimabericht verschwindet, dann verschwindet auch jede Form der Kontrolle. Das scheint hier das Ziel zu sein.

(Martin Wagle (CSU): So ein Blödsinn! – Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

– Hören Sie einfach zu! – Seit zwei Jahren hat Bayern keine aktuellen Daten mehr zu seinen Treibhausgasemissionen veröffentlicht, auch nicht auf der Seite des Statistischen Landesamts. Keine Zahlen, keine Entwicklung, keine Bewertung, vor allem keine demokratische öffentliche Debatte. Klimapolitik im Blindflug – das ist Ihre wahre Absicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):
Misstrauen und Bürokratie – das ist Ihre Parole!)

Diese Intransparenz fällt nicht vom Himmel, sie ist politisch gewollt; denn wer keine Ergebnisse hat, der will natürlich auch keine Öffentlichkeit. Das Ergebnis ist bekannt: Klimapolitik nach Söder-Art heißt Stillstand verwalten, Zielmarken verschieben, Verantwortung abschieben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):
Gesellschaftspolitik der SPD ist Misstrauen und Bürokratie!)

Dabei erleben wir auch in diesem Sommer wieder Hitze, Dürre, Starkregen, brennende Wälder, überhitzte Städte. In Trondheim in Norwegen hat es 34 Grad. Die Klimakrise ist da – weltweit, aber auch in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

Und was macht diese Staatsregierung? – Sie verschiebt das Klimaziel einfach mal nach hinten. Oder doch nicht? – Gibt es dazu bisher eigentlich irgendeinen offiziellen Beschluss dieser Koalition, Herr Herrmann?

Gleichzeitig wird dann auch noch der Klimabericht gestrichen. Nach massiver Kritik rudert man jetzt ein bisschen zurück.

(Martin Wagle (CSU): Ein Bericht ist keine Schutzmaßnahme!)

Jetzt soll es einen digitalen Bericht geben – nach Gutdünken der Söder-Regierung,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Jetzt, bitte! Was ist das für ein Demokratieverständnis?)

aber gesetzlich nicht verankert! Das klingt nach Schönreden und nach nichts anderem.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich muss an der Stelle aber auch sagen: Lieber Thorsten Glauber, ganz herzlichen Dank! Ich habe den Eindruck, dass du noch versuchst zu retten, was zu retten ist.

Kolleginnen und Kollegen, Verantwortung ohne Kontrolle ist keine Verantwortung. Wer die gesetzlich verankerten Berichte abschafft, will keine Rechenschaft mehr ablegen und auch keine transparente Politik mehr machen. Das hat mit Modernisierung nichts zu tun, das ist ein Angriff auf demokratische Rechenschaftspflichten und auf jeden Anspruch an gute Regierungsführung.

Wir als SPD sagen ganz klar: Wer echten Klimaschutz will, braucht Zahlen, braucht Fakten, braucht den Mut, Verantwortung zu übernehmen. Genau das fehlt dieser Regierung in der Klimapolitik.

(Beifall bei der SPD)

Wir unterstützen deshalb den Antrag der GRÜNEN. Klimaberichte gehören nicht abgeschafft, im Gegenteil: Sie gehören verbessert und öffentlich diskutiert.

Zum Schluss vielleicht noch ein paar Worte an die CSU: Wer wie Herr Herrmann gestern selbst unter der Gürtellinie austeilt,

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Das sagt der Richtige!)

ständiges Bashing der Opposition betreibt

(Zurufe von der CSU: Oje!)

und dann jammert, wenn man ihn selbst kritisiert, der gibt ein schäbiges Bild ab.

(Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was würden Sie denn sagen, wenn ich Sie hier als Lobbyjunkies bezeichnen würde, ähnlich wie das der Staatsminister gestern gemacht hat?

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Bürokratiejunkie!)

Denken Sie einmal darüber nach. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bleiben Sie am Rednerpult. – Für eine Zwischenbemerkung hat der Kollege Sepp Lausch für die FREIEN WÄHLER das Wort.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas Ruhe.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Herr von Brunn, ich finde es schon interessant, einen gestandenen Minister als schäbig oder seine Aussage als schäbig zu bezeichnen. Angesichts der Tatsache, dass genau vier Abgeordnete der SPD-Fraktion – Sie eingeschlossen – anwesend sind, würde mich interessieren, ob der SPD-Fraktion der Klimaschutz wirklich wichtig ist. Wie wichtig ist der SPD-Fraktion der Klimaschutz?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Klimaschutz ist uns sehr wichtig. Deswegen habe ich diese Rede gehalten. Wie wichtig sind Ihnen Grundrechenarten? – Ich zähle mehr als vier Abgeordnete. Egal, es war ohnehin keine ernst gemeinte Intervention.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für die Staatsregierung spricht jetzt der Staatsminister Thorsten Glauber.

(Unruhe)

Ich bitte jetzt um Ruhe.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Präsident, wertees Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Stümpfig, Sie haben ganz schön tief in die Kiste gegriffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Vergleich zwischen der Staatsregierung und Donald Trump ist wirklich bitter und ein harter Vorwurf.

(Zurufe)

– Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Versachlichung. Herr Kollege Stümpfig, wenn man schon persönlich wird, sollte man auch eine Einordnung vornehmen. Herr Kollege Stümpfig, Sie haben mir vorgehalten – das ist jetzt acht Monate her –, ich hätte dieses Hohe Haus belogen; das Klimaschutzgesetz habe die Zahl verändert, und der Ministerrat hätte das beschlossen. Das ist bis heute nicht der Fall. Sie haben jedoch den Vorwurf erhoben. Sie haben sich bei mir auch nie dafür entschuldigt, dass Sie mir vorgeworfen haben, ich hätte das Hohe Haus belogen. Das ist unanständig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich finde es schade, wenn man so tief in die Kiste greift.

Die Staatsregierung hat gut dargestellt, dass wir tatsächlich beschleunigen und Bürokratie abbauen wollen, und zwar an vielen Stellen. Es ist Zeit für Beschleunigung und Bürokratieabbau. Das Landesamt für Umwelt erhebt Daten in Echtzeit. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Klimaberichts 2023 waren wir schon um rund 0,4 Tonnen in der CO₂-Minderung weiter. Der Bericht ist immer ein Bericht aus der Vergangenheit. Wir als Staatsregierung wollen in Echtzeit darüber berichten, mit welchen Maßnahmen wir im Hinblick auf das Thema "Klimawandel meistern" arbeiten. Dann sind es eben nicht mehr 6,6 Tonnen, sondern schon 6,2 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf im Vergleich zur Bundesebene mit über 8 Tonnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich ist der Klimabericht immer ein Hinweis darauf, ob und wie eine Staatsregierung Maßnahmen ergreift. Ich will ein Beispiel geben, wie diese Staatsregierung versucht, bei den Themen "Klimawandel meistern" und "Ausbau erneuerbarer Energien" – ich sage es noch einmal – an der Spitze Deutschlands zu bleiben. Rund 25 % des deutschen Sonnenstroms stammt aus dem Freistaat Bayern. Ich sage es noch einmal: Bei 16 Ländern stammen 25 % des Sonnenstroms aus dem Freistaat Bayern. Das ist ein Ziel dieser Staatsregierung; am Ende sind es Bürokratieabbau, Beschleunigung, das an die Hand nehmen von Menschen, Gewinnung von Sonnenstrom in Bayern, die Energiewende realisieren und die Reduzierung von CO₂-Emissionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Herr Kollege Stümpfig, Ihren Vorwurf kann man von zwei Seiten betrachten. Bei der Berichterstattung um genehmigte Windräder sind Sie immer dabei. Sie könnten einmal sagen – das machen Sie natürlich nicht –, dass Bayern eine 10-H-Regelung hatte.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Das sagen Sie aber nicht. Das sagen Sie in Ihren Berichten nicht mehr. Plötzlich hören die Zahlenreihen auf. Im Hinblick auf die Einordnung der Zahlen sagen Sie nichts mehr. Nehmen wir einmal die Zahl 2022. In Bayern sind im Jahr 2022 8 Windräder genehmigt worden. Im Jahr 2023 wurden in Bayern 17 Windräder genehmigt. Schließlich der große Chor: Ja, in Bayern geht nichts voran. – Im Jahr 2024 wurden in Bayern 93 Windräder genehmigt. Wir liegen weit vor Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Wir haben das Thema 10 H überwunden. Wir haben 93 Windräder. Wir haben in Bayern über 600 Vorbescheide für Windkraftanlagen. Damit liegen wir auf Platz drei der Bundesländer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jetzt kommen Sie wieder und sagen, der Freistaat Bayern arbeite nicht an der Energiewende. Der Freistaat Bayern ist nicht dafür da, CO₂-Emissionen wirklich zu minimieren. Allein an der Zahlenreihe sehen Sie, dass der Freistaat Bayern an den Themen Energiewende, erneuerbare Energien, Wirtschaftsfähigkeit und Wirtschaftskraft dieses Landes arbeitet.

Lieber Herr Kollege Mannes, Sie sprechen immer von Wirtschaftsleistung. Fahren Sie nach Neumarkt zur bauhandwerkschaffenden Familie Bögl. Wissen Sie, wie viele Türme dort bestellt worden sind? – Dort wurden 4.000 Türme bestellt. Das sind Arbeitskräfte in der Oberpfalz im Freistaat Bayern. Dann können Sie mir wieder sagen, Energiewende sei kein Wirtschaftsmotor und erbringe keine Wirtschaftsleistung. Diese Steuern werden in Neumarkt in der Oberpfalz im Freistaat Bayern bezahlt, wenn Sie das Steuerrecht im Bauwesen kennen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass diese Energiewende mit Unternehmen aus Bayern heraus tatsächlich zu einem starken Wirtschaftsmotor wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir als Bayerische Staatsregierung werden auf der Seite des Landesamtes für Umwelt und auf der Seite des Umweltministeriums sowohl über den Fortschritt der Maßnahmen als auch über die Reduktion der CO₂-Belastung berichten und weiter daran arbeiten.

Ich habe immer stark für die Elektromobilität geworben. Gestern hatte ich ein Gespräch mit Vorständen des Unternehmens BMW. Mein Wunsch war immer, bidirektionales Laden tatsächlich auch im bayerischen Automobilbau umzusetzen. Ab Ende dieses Jahres wird bidirektionales Laden möglich sein. Herr Kollege Mannes, Sie sind Ingenieur. Sie haben Ingenieure bemüht. Als Ingenieur wissen Sie ganz genau, dass Sie mit der Photovoltaikanlage auf Ihrem Dach zu Hause, mit dem Speicher auf Ihrem Hof und über bidirektionales Laden mindestens die Hälfte Ihrer Stromrechnung in Zukunft einsparen können, weil Sie den Strom nämlich selbst produzieren und selbst speichern. Damit wird am Ende nicht nur die Energiewende vorangetrieben, sondern es wird auch monetär riesige Vorteile geben. Die Energiewende ist dann gelungen, wenn wir Fahrzeuge bauen, die Energie einspeichern und wieder abgeben können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man immer nur die Asche bewahren will und nicht das Feuer weitergibt, wird man nicht vorankommen. Der Freistaat Bayern ist komplett anders aufgestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Im Hinblick auf die Maßnahmen zum Zubau an Ladeinfrastruktur sind wir mit Nordrhein-Westfalen immer an der Spitze der Länder, und das als Flächenland.

Lieber Kollege Stümpfig, schauen wir auf die Geothermie – Sie kriegen heute alle Themen aufgelistet. Es gibt kein anderes Bundesland, das bei der Tiefengeothermie so viel Erdwärme nutzt wie der Freistaat Bayern. Wir als Freistaat Bayern und unser Landesamt für Umwelt haben in den Arbeitsgruppen dafür geworben, dass wir bei der See- und Flussthermie eine höhere Spreizung bei Delta T hinbekommen; das ist die Temperatur, die man aus dem Wasser zieht und an Wärme wieder abgibt. Der Bund

hat damals unter Ihrer Regierung für 1,5 Grad geworben. Der Freistaat Bayern hat ein Delta T, also eine Temperaturspreizung, von 3 Grad in die Merk- und Arbeitsblätter hineingeschrieben. Damit gibt es kein Bundesland, das so viel Energie aus Flüssen und Seen entziehen lässt und das dazu wieder Flüsse und Seen kühlt wie der Freistaat Bayern, weil diese Technologie eine Zukunftstechnologie ist. Die können die anderen Bundesländer gern beim Freistaat Bayern abschreiben!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Ein Letztes, dann können Sie gerne Zwischenbemerkungen machen und Fragen stellen: Engagieren Sie sich! Werben Sie dafür! Sie schulden aus Ihrer Zeit in der Bundesregierung dem Freistaat Bayern im Natur- und Umweltschutz 18 Millionen Euro, dreimal 6 Millionen Euro, die wir als Umweltministerium nicht bekommen haben. Diese Mittel fehlen mir in den LNPR. Da haben Sie zu kürzen begonnen.

Aber gleichzeitig haben Sie damals unter Ihrer Ministerin Lemke ein eigenes Moorschutzprogramm aufgebaut. Die hat mir dann mit höheren Quoten meine Kunden abgeworben. Dann ist sie aus diesem Programm ausgestiegen! Jetzt haben die Kunden keinen Bezahlenden mehr, weil Sie das Programm gekürzt haben. Ich habe der Kollegin Lemke gesagt: Wir haben aktiven Moorschutz in Bayern. Wir haben ein Superprogramm in Schwaben. Macht keine Parallelprogramme! Gebt uns das Geld. Wir geben es den Bäuerinnen und Bauern, wir geben es den Flächeneigentümern. – Ihr habt Parallelstrukturen aufgebaut. Jetzt seid ihr hergegangen und habt uns dreimal 6 Millionen Euro gekürzt. Damit werden wir weder Grundstücke kaufen noch den Moorschutz verstärken können. Wir werden am Ende – das sage ich – auf alle Fälle Bäuerinnen und Bauern nicht kündigen. Dann wird es schließlich keine Grundstücke geben. Dann wird der Moorschutz langsamer laufen.

Also: Hättet ihr keine Programme daneben gestellt, hättet ihr die 18 Millionen Euro gezahlt, würden wir nicht so dastehen und müssten am Ende des Tages nicht mit bayerischem Geld ausgleichen, damit der Schaden nicht so groß ist. Das gehört auch

zur Ehrlichkeit. Das habe ich x-mal angesprochen. Die Landschaftspflegeverbände, die auch bei Ihnen mitwerben, haben Ihnen das alle gesagt – geändert haben Sie nichts. So stehen wir natürlich da.

Von daher: Nicht so tief in die Kiste greifen, sondern tatsächlich ehrlich darstellen, wie der Freistaat Bayern diesen Weg geht. Ich habe das an vielen Beispielen ordentlich und ehrlich dargestellt. Wir werden als Freistaat Bayern sowohl beim Klimaschutz als auch bei den erneuerbaren Energien unsere Hausaufgaben bei der Energiewende und bei allem anderen im Klimaschutz voranbringen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegen zwei Meldungen für Zwischenbemerkungen vor. – Für die erste Zwischenbemerkung hat der Abgeordnete Gerd Mannes, AfD-Fraktion, das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Glauber, Sie haben natürlich recht: Eigenstromproduktion ist durchaus lukrativ. Das muss man über Solartechnik sagen. Nur: Damit können Sie kein Stromnetz betreiben, weil da die bewegten Massen fehlen. Und Sie können nicht die Frequenzen im Detail einstellen.

Aber Sie haben von den Arbeitsplätzen gesprochen. Ich habe das nicht erfunden. Das hat ein CDU-Rat gesagt, dass durch die Klimapolitik 10.000 Arbeitsplätze im Monat verloren gehen. Das ist nicht meine Zahl, die kommt von woanders her.

Aber lassen Sie mich meine Erfahrung sagen. Wir haben die teuersten Strompreise weltweit. Ich war Werksleiter in der Chemieindustrie. Die Chemie verschwindet aus Deutschland. Das ist ein großes Problem. Das hängt mit der Energiewende zusammen.

Aber die Frage, die ich eigentlich an Sie habe: Irgendwann im Januar zum Bundestagswahlkampf haben der Herr Aiwanger und, ich glaube, der Herr Söder auch gesagt:

Wir kassieren jetzt die Klimaziele. Wir wollen nicht mehr 2040 klimaneutral sein. – Diese Politik hat einen großen Einfluss auf unsere Wirtschaftspolitik. Jetzt frage ich Sie: Was ist jetzt eigentlich Sachstand? Haben Sie als Umweltminister die Ziele kassiert?

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung.

Gerd Mannes (AfD): Ja oder nein?

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sachstand ist, dass das Klimaschutzgesetz, wie es vom Landtag beschlossen wurde, aktuell gilt. Sachstand ist, dass die Bundesregierung gerade an ihren Zielen der Gesetzgebung für den Klimaschutz arbeitet. Wir haben gesagt: Wir werden uns in Bayern die Bundesziele ansehen und uns dann an diesen Bundeszielen orientieren müssen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: 90 % der Gesetzgebung kommen vom Bund. Der Freistaat Bayern kann nur einen Teil begleiten. Wenn der Bund seine Klimaschutzziele mit Maßnahmen so festlegt, wie er sie festlegt,

(Zuruf von den GRÜNEN)

werden wir in Bayern darauf reagieren und reagieren müssen. Da stelle ich mich als Umweltminister hin; denn mit 10 % der Gesetzgebung kannst du am Ende nicht den Klimaschutz in diesem Lande allein lösen. Deshalb werden wir ihn nur synchronisiert mit dem Bund gemeinsam hinbekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für eine weitere Zwischenbemerkung hat der Abgeordnete Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Thorsten, du hast mir vorgeworfen, Lüge unterstellt zu haben. Ich will darauf hinweisen: Letztes Jahr gab es eine Debatte über einen internen Beschluss im Kabinett, dass das Klimaziel gestrichen werden soll. Ich habe dich daraufhin am 12.12. gefragt: Gilt das Klimaziel noch, ja oder nein? Dann hast du gesagt: Es gilt noch.

Am 09.01. hat Wirtschaftsminister Aiwanger gesagt: Das Klimaziel ist aufgehoben. – Ich habe daraufhin die Frage gestellt, auch presseöffentlich, wer lügt. Einer von euch beiden lügt. Das könnt ihr jetzt hier untereinander ausmachen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wieso Lüge?)

Der eine sagt, das gilt noch, der andere hat gesagt, es ist abgeschafft. Da kann also eine Aussage nicht stimmen. Das war meine Frage, wer lügt.

Was ich dich noch fragen möchte: Warum lässt du es zu, dass die gesetzliche Verpflichtung im Klimagesetz aufgehoben wird? Es soll jetzt digital nachgeschoben werden. Warum lässt du es zu, dass diese gesetzliche Verpflichtung aufgehoben wird? Warum hast du den Auftrag bei der Universität Augsburg gestoppt, bei dem vorher noch gepriesen wurde – ich habe es gerade vorgelesen –, wie toll die Evaluierung ist? Warum wurde dieser Auftrag gestoppt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Aus dem Grund, dass wir Bürokratie abbauen und digital berichten. Ich habe beschrieben, dass im Prinzip die Echtzeitdaten für die Menschen immer einsehbar sind und viel passgenauer sind als ein auf Papier gedruckter Bericht, der immer nur die Vergangenheit beschreibt. Ich habe genauso dargestellt, dass wir über die Maßnahmen gemessen werden und sich der Freistaat Bayern über ein Gesetz ein Ziel gegeben hat, klimaneu-

tral zu werden. Dieses Gesetz enthält die Jahreszahl 2040. Dieses Gesetz ist das Gesetz, das aktuell gilt.

Kommen wir zum Thema der Uni Augsburg. Ich schätze die Arbeit und das Renommee der Universität Augsburg sehr. Es ist schade, dass du das Thema jetzt hier vorbringst und dich aufgeregt an den Landtag wendest, weil ein Projekt gestrichen oder beendet wird. Ja, wir haben sehr vertrauensvoll mit der Universität zusammengearbeitet. Wir haben sie immer darauf hingewiesen, dass das, was vorgelegt wurde, so nicht funktioniert, so leider nicht in Ordnung ist.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Also bitte! Die Kolleginnen und Kollegen haben mit dem LfU und dem Ministerium mehrmals das Gespräch mit der Universität gesucht. Am Ende ist nichts vorwärtsgegangen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört! So hört sich das anders an!)

Dann muss man am Ende bei Verwendung von Steuergeld vertreten, dass ein Projekt beendet wird. Da stelle ich mich als Minister mit hin und sage: Wenn man so mit dem Steuergeld umgeht, geht das nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Da geht es nicht um das Renommee der Universität Augsburg. Das ist eine honorige Universität. Aber das Projekt hatte das Ziel, für uns die Ergebnisse zu liefern.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Es war nicht ersichtlich, wie wir diese Ergebnisse erzielen können.

(Zurufe von den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört ihm doch zu!)

Da hilft es auch nichts, wenn man das Parlament bemüht. Am Ende muss die Qualität gesichert werden und über das Ministerium gesichert werden, wie wir mit dem Geld der Steuerzahler umgehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen.

(Unruhe)

– Ich bitte um Ruhe. – Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/7652 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Gibt es einzelne Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Bevor wir zum nächsten Dringlichkeitsantrag kommen, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Ein klares Bekenntnis zum Lebensschutz und zur Menschenwürde des ungeborenen Lebens" auf Drucksache 19/7651: Mit Ja haben 21 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 126 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Nachgezogener Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER betreffend "Höchstes Gut Lebensschutz: Nirgendwo darf die Menschenwürde zur Disposition stehen" auf Drucksache 19/7743: Mit Ja haben 110 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 36 Abgeordnete gestimmt. Es gab auch hier keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)